

# Beilage zur INFO 55

## der Ortsgruppe Blankenfelde-Mahlow-Diedersdorf

### Schulzes dreistes politisches Täuschungsmanöver zu Lasten der BBI-Betroffenen

Einen Tag nach der Veröffentlichung des ergänzenden Planfeststellungsbeschlusses meldete sich der SPD-Landtagsabgeordnete Christoph Schulze via Pressemitteilung zu Wort. Er zeigte sich „enttäuscht“ und versprach „...weiter für ein vollständiges Nachtflugverbot zu kämpfen...“. Dazu hatte er 5 Jahre Zeit, seine Bemühungen, wenn er denn welche unternommen hat, blieben aber erfolglos.

In selbiger Pressemitteilung fiel er den Betroffenen sodann in den Rücken, indem er verkündete: „Die Bürger müssen übrigens gegen den Planergänzungsbeschluss nicht selber Klage einreichen, da gegen alle Punkte des Beschlusses, gegen die eine Klage möglich und notwendig ist, die Umlandgemeinden klagebefugt sind. Deshalb reicht es, wenn diese Gemeinden das Gericht anrufen. Einzelne Bürger müssen und sollten das Kostenrisiko nicht auf sich nehmen. Dies habe ich mit Bürgermeistern der Schutzgemeinschaft und mit Prof. Siebeck, Rechtsanwalt der Schutzgemeinschaft, besprochen, und sie haben dies ausdrücklich bestätigt.“

Der Anwalt der Schutzgemeinschaft, Herr Dr. Siebeck ging auf deren Pressekonferenz am 30. Oktober d.J. auf Schulze's Erklärung angesprochen an die Decke. Lt. MAZ sprach er von „Unverschämtheit“, weil er mit Schulze darüber gar nicht gesprochen habe. Zugleich widersprach er Schulze's Auffassung heftigst und betonte „selbstverständlich sollten die Bürger klagen“.

Offenbar aufgrund dieser Schelte änderte SPD-Schulze seine PM nachträglich auf seiner Homepage ab. Nun heißt es dort:

"Die Bürger müssen übrigens **m. E.** gegen den Planergänzungsbeschluss nicht selber Klage einreichen, dagegen alle Punkte des Beschlusses, gegen die eine Klage möglich und notwendig ist, die Umlandgemeinden klagebefugt sind. Bürgermeister der Schutzgemeinschaft und Dr. Siebeck, Rechtsanwalt der Schutzgemeinschaft, haben mir bestätigt, dass die 4 Gemeinden, die schon gegen den Planfeststellungsbeschluss geklagt hatten, gegen die neue Nachtflugregelung und - zwei von ihnen - auch gegen die neue Regelung des passiven Schallschutzes nachts und über die Grenzziehung des Entschädigungsgebietes Außenwohnbereich klagebefugt sind. **M. E.** reicht es deshalb, wenn diese Gemeinden das Gericht anrufen; einzelne Bürger müssen und sollten **meines Erachtens** das Kostenrisiko nicht auf sich nehmen.“

**Unseres Erachtens** hat sich Christoph Schulze endgültig disqualifiziert, als politischer „Anwalt“ der Betroffenen aufzutreten.

### Baier und die neue nationale Front verweigert Betroffenen Hilfe

Eigentlich sollte ein Bürgermeister im Interesse seiner Gemeinde und seiner Bürger/innen handeln, doch in dieser entscheidenden Stunde ist sich der SPD-Bürgermeister von Blankenfelde-Mahlow, Ortwin Baier, seiner Verantwortung nicht bewußt.

Statt gemeinsam mit dem BVBB alle Register zu ziehen, um den erg. Planfeststellungsbeschluss vor Gericht zu Fall zu bringen, spielt er die beleidigte Leberwurst und ergeht sich in Rachezügeln. Einen Antrag der Fraktion BVBB-WG auf finanzielle Unterstützung für eine vom BVBB organisierte Sammelklage privater Betroffener stimmte er in der Gemeindevertretung mit der nationalen Front aus SPD/Grüne, Die Linke und der CDU nieder. Begründet wurde dies mit angeblichen rechtlichen Hürden aus der Kommunalverfassung. Hierfür hatte man sich eine Expertise von der Kanzlei eingeholt, die Baier stets bei Rechtsstreitigkeiten gegen den BVBB oder seiner Mitglieder beauftragt.

Seltsam ist, dass in einer anderen Gemeinde von Brandenburg geht, was in Blankenfelde-Mahlow nicht gehen soll. Die Gemeindevertretung von Gosen/Neu-Zittau (Landkreis Oder-Spree) hat beschlossen, dem BVBB e.V. für eine Klage 2,-- € je Einwohner/in aus dem Gemeindehaushalt zur Verfügung zu stellen.

Immerhin kommen so fast weitere 6.000,--€ zusammen, wofür wir uns an dieser Stelle im Vertrauen darauf schon im Voraus bedanken.

**SO MIT UNS  
NICHT**

Ein Bundesland, eine Kommunalverfassung, eine Haushaltordnung aber zwei total unterschiedliche Entscheidungen. Man kann sich nun an fünf Fingern abzählen, was der tatsächliche Grund der Ablehnung sein wird.

### **Zur Klarstellung:**

Herr Baier, Sie schaden mit diesem Verhalten nicht dem BVBB, sondern allen Ihren 25.000 Einwohnern. Sofern Sie uns damit zukünftig zu Wohlverhalten zwingen wollen, sei Ihnen gesagt: Wir werden die Dinge auch zukünftig beim Namen nennen, auch wenn es Ihnen und Ihrer parteipolitischen Entourage nicht gefällt!

**+letzte Meldung+letzte Meldung+letzte Meldung+letzte Meldung+letzte Meldung+letzte Meldung+**

Während der Drucklegung dieser Ausgabe erreichte uns noch die Nachricht, dass der Amtsdirektor von Spreenhagen (Landkreis Oder-Spree) den o.g. Beschluss wegen Zweifel an dessen Rechtmäßigkeit beanstandet hat.

Offenbar auf Druck „von Oben“ wurde hier die Notbremse gezogen. So sollte dem BVBB das Argument genommen werden, dass anderswo geht, was in B-M nicht geht. Wie mit dem Recht in Brandenburg umgesprungen wird, haben wir anhand der Bodenreformaffäre gesehen. Demnach hatte sich das Land Brandenburg in rund 10.000 Fällen unrechtmäßig als Eigentümer in die Grundbücher von Flächen eintragen lassen, ohne zuvor die rechtmäßigen Eigentümer ermittelt und dazu befragt zu haben. Diesen Vorgang verurteilte der Bundesgerichtshof als "sittenwidrig" und eines Rechtsstaates nicht würdig.

### **Millionen für Rathaus & Parkhaus, aber keinen Cent für die Klage der Betroffenen!**

Wie unverständlich die Verweigerung finanzieller Unterstützung von Baier & Konsorten ist wird an folgenden Zahlen deutlich.

Am Bahnübergang von Blankenfelde soll das zukünftige „Ortszentrum“ entstehen. Eigentlich besteht es nur aus dem zukünftigen Rathaus und einem Parkhaus. Letzteres geriet gerade erst in die Schlagzeilen, weil die Baukosten geradezu explodieren! Ursprünglich waren hierfür einmal ca. 4 Millionen € kalkuliert. Mittlerweile sind die Baukosten auf knapp 6 Mio. € gestiegen! Entstehen sollen für diese unglaubliche Summe ca. 265 KFZ-Stellplätze, Bike & Ride- und Motorradstellplätze.

Auch wenn man die Förderung von rd. 2,3 Mio. € aus dem Landeshaushalt (übrigens auch unsere Steuergelder) abzieht, verbleiben noch knapp 4 Mio. € für den Gemeindehaushalt.

Gigantisch ist dagegen die Summe, die für das Rathaus kalkuliert wird, das gegenüber des Parkhauses gebaut werden soll. Die Baukosten für den Hochbau und die Infrastruktur drumherum werden (vorläufig) mit ca. 14 Mio. € (14.000.000,00 €) veranschlagt. Dies ist nicht nur unvorstellbar sondern auch völlig unangemessen! Wir sind sicher, dass man für einen Bruchteil dieser astronomischen Summe ein Verwaltungsgebäude errichten kann. Vorschläge hierfür gab es. Die Fraktion BVBB-WG hat sich beispielsweise für die Ertüchtigung der ehem. Kasernenunterkünfte am Jühnsdorfer Weg ausgesprochen. Leider wurde diese Variante nicht seriös durchgeprüft, wie von der Kämmerin, Frau Sachtleben und der Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Frau Bomke behauptet (Wir hatten in der Beilage zur INFO 51 darüber berichtet).

Warum die ehem. Kasernenunterkünfte vielleicht nicht in Frage kommen sollten liegt auf der Hand: Dort sind seit langer Zeit die Bauarbeiter für den BBI untergebracht. Das ist für die Bauunternehmen wohl preiswerter, als sie in gemieteten Wohncontainern direkt auf der Baustelle unterzubringen.

**SO MIT UNS  
NICHT**

Man kann es nur als Ironie des Schicksals bezeichnen, dass Blankenfelde-Mahlow einen so teuren Rathaus-Neubau (Rathaus-Palast) plant, weil eine aller Wahrscheinlichkeit nach preiswertere Alternative wegen des Flughafenausbaus nicht realisiert werden kann, aufgrund dessen die Gemeinde ihre Lebensqualität auf alle Zukunft verliert.

### **Sinnlose Plakataktionen statt wirksamen Handelns**

Es ist die 3. Plakataktion in diesem Jahr und sie ist so nutzlos wie alle vorherigen. Im Wahlkampf plakatierte der von SPD-Schulze geführte Verein Bürgerhilfe e.V. „Petition-Ich mache mit“. Werbewirksam überreichte man am 11.9. d.J. dem Landrat Giesecke 3.894 Unterschriften für die Petition „Für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder“. Was ist bis heute daraus geworden? Nichts!

Ebenfalls noch zu Wahlkampfzeiten plakatierte SPD-Bürgermeister Baier „250 Arbeitsplätze in der Gemeinde“. Eigentlich konnte niemand so richtig verstehen, was damit gemeint war. Erst später wurde das Geheimnis gelüftet, es ging dabei um die Ansiedlung eines Möbelhauses in Mahlow zwischen Ibsenstraße und der B 96. Dies ist jedoch nicht zulässig, da es einen gemeinsamen Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg LEP (B-B) gibt, der kurzgefasst „Gewerbe auf der grünen Wiese“ untersagt.

Da konnte auch der liebe Frank-Walter (SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier) nicht helfen. Frustriert schrieb Baier ihm: „Soll ich den Wählern erklären, dass Du Dein Engagement zur Schaffung von Arbeitsplätzen bereits nach einem Anruf im Ministerium aufgibst?“ und weiter „Wenn es innerhalb der Partei offenbar so wenig Rückhalt für den Deutschlandplan gibt, dann ist dieser Plan bereits vor der Wahl gescheitert“. Inzwischen hat die Gemeindevertretung mehrheitlich beschlossen, einen Antrag auf ein Zielabweichungsverfahren zu stellen und ggf. gegen den LEP (B-B) zu klagen, wenn diesem nicht stattgegeben wird.

### **Unsere Prognose:**

Das Land bzw. die gemeinsame Landesplanung (mit Berlin) wird die Büchse der Pandora nicht öffnen. Es sollte ja durch den LEP (B-B) gerade erreicht werden, dass die Ansiedlung auf der „grünen Wiese“ unterbunden wird.

Und was sagt der SPD-Landtagsabgeordnete Christoph Schulze dazu? Er wird zitiert, dass es auch ihn ärgere, wenn Berlin so einseitig auf seiner Haltung beharre. Aber so gerne man Porta hier in Mahlow hätte, es gehe aus rechtlichen Gründen nicht. „Gebe es eine gesetzliche Lücke, so hätten wir sie genutzt“, betonte der SPD-Landtagsabgeordnete. Hierzu folgende Frage an Herrn Schulze: Wie haben Sie eigentlich zum LEP (B-B) im Landtag abgestimmt?

Die aktuelle Plakataktion schlägt jedoch dem Faß den Boden aus. Baier ließ hunderte Plakate aufhängen mit der Aufschrift „Dellmann will 103 Nachtflüge. Wir wollen unsere Ruhe“. Es ist billig, auf einen Minister draufzuhauen, der schon längst nicht mehr im Amt ist. Des Weiteren hat Herr Dellmann vielleicht den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss unterschrieben. Politisch verantwortlich dafür ist aber der SPD-Ministerpräsident Platzeck. Er übt die sog. Richtlinienkompetenz im Kabinett aus. Dieser musste sich wohl auch der Minister Dellmann fügen, schließlich ist Platzeck auch Mitglied im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft.

Herrn Baier sei gesagt: Mit Plakataktionen und Demonstrationen ist nun nichts mehr zu reißen! Es muss geklagt werden. Statt Geld für die Gestaltung und Druck dieser Pamphlete, der dazugehörigen Hartfaserplatten und die zeitaufwändige Anbringung (vermutlich durch Mitarbeiter des Bauhofes) zu verbrennen, hätte es sinnvollerweise dem BVBB für die Organisation einer Sammelklage gegeben werden sollen.

Hier schließt sich der Kreis zu den ersten Beiträgen dieser Beilage!

**SO MIT UNS  
NICHT**

## **Baier gibt SPD-Preis zurück**

Aus Enttäuschung und Verärgerung zu der misslungenen Ansiedlung des Möbel-Riesen hat Baier den ihm im Jahr 2008 verliehenen Preis „Motor des Jahres“ an seinen SPD-Parteifreund und Unterbezirksvorsitzenden Christoph Schulze zurückgegeben. Dies sollte ein deutliches Signal dafür sein, dass er mit der Politik seiner Partei im Land nicht einverstanden ist. Glaubwürdig ist das nicht, Herr Baier! Offenbar haben Sie von Ihren Genossen einen Persilschein dafür erhalten, sich zu Lasten der Partei hier „unten“, auf Gemeindeebene austoben zu dürfen.

Das gilt für Ihre Absicht Bürgerinitiativen gegen das Bombodrom, den Braunkohletageabbau, und den Standort für den BBI in Schönefeld zu vernetzen. Da war dann sogar die Rede davon, gemeinsam auf einer Liste zur Landtagswahl in Brandenburg am 27.09. v.J. anzutreten. Ebenso ließ Ihnen die SPD durchgehen, dass Sie mitten im Bundestagswahlkampf Ihren eigenen Kanzlerkandidaten, den „lieben Frank-Walter“ auf´s Schärfste angegriffen haben, weil er Ihnen bei der Ansiedlung eines Möbel-Grossisten nicht behilflich sein konnte. Jetzt, nach der Vorlage des ergänzenden Planfeststellungsbeschlusses zum BBI greifen Sie den Ex-Minister Dellmann an und fragten sich am Tag nach der Veröffentlichung im Radio, auf welcher Gehaltsliste der Herr Minister wohl stehe? Gegenüber der „WELT“ äußerten Sie gar den Verdacht auf Korruption in dessen Behörde, „weil der Beschluss so einseitig wirtschaftlichen Interessen nachkomme“.

Unserem Vorstandsmitglied Matthias Stefke wurde von Baier im Zusammenhang mit dem Streit um die Zerstörung des FFH-Bereiches „Blankenfelder See“ von ihm ein Gerichtsverfahren u.a. wegen der „Verletzung seines allgemeinen Persönlichkeitsrechts“ angehängt (auch hierüber haben wir in einer INFO berichtet). Baier kann stattdessen ungestraft verdächtigen, verleumden und unterstellen.

Jedem anderen Parteimitglied wäre ein Ordnungs- bzw. Parteiausschlussverfahren sicher, nur Herrn Baier nicht, merkwürdig, oder?

Bei aller Empörung schickt er aber nur den „Motor des Jahres“ zurück, nicht aber sein Parteibuch. Was hält Sie noch in der SPD, Herr Baier? Die Voraussetzungen für einen Parteiaustritt wären spätestens durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts und Platzeck´s bis heute gebrochenes Versprechen eines „Bündnis am Boden“ gegeben. Die Vorlage des für unsere Gemeinde verheerenden Planergänzungsbeschlusses wäre aber der letzte Poeng gewesen, wo man es Ihnen abgenommen hätte.

Nun haben Sie aber den Zeitpunkt für einen derartigen Schritt verpasst.

So nähren Sie Vermutungen, dass Ihre Empörung nur ein abgekartetes Spiel ist.

**+TOPNEWS+TOPNEWS+TOPNEWS+TOPNEWS+TOPNEWS+TOPNEWS+TOPNEWS+TOPNEWS+**

Der Hauptausschuss der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow hat am 10.12.09 den Antrag des BVBB e.V. auf Zuschuss aus dem Gemeindehaushalt (über die Vereinsförderrichtlinie) für eine Klage der Betroffenen gegen den ergänzenden Planfeststellungsbeschluss zum BBI mehrheitlich mit den Stimmen von SPD-Bürgermeister Ortwin Baier, SPD/Grüne und der CDU abgelehnt. Die Linke war in der Sitzung nicht durch einen abstimmungsberechtigten Gemeindevertreter vertreten...(!).

**SO MIT UNS  
NICHT**